

Harburg

Kulturzentrum Rieckhof befürchtet Todesstoß

Heute soll im Jugendhilfeausschuss ein Sparpaket im Umfang von 211.000 Euro beschlossen werden. Dem Rieckhof droht das Aus.

Von Lutz Kastendieck

© Andr Zand-Vakili



Rieckhof-Geschäftsführer Jörn Hansen befürchtet, dass das Kulturzentrum in seinem Fortbestehen gefährdet ist

Harburg. Für Jörn Hansen entscheidet sich heute die Zukunft des Rieckhofs. Sollte das vom Bezirksamt vorgeschlagene Sparpaket in der offenen Kinder- und Jugendarbeit im Umfang von insgesamt 211.000 Euro vom Harburger Jugendhilfeausschuss tatsächlich so beschlossen werden, wäre das Kulturzentrum in seinem Fortbestand gefährdet.

"Wenn immer mehr Steine aus dem Fundament gezogen werden, steht ein Haus nun mal vor dem Zusammenbruch", sagt der Rieckhof-Geschäftsführer.

In der finalen Version der Prioritätenliste für Einsparmaßnahmen findet sich der Rieckhof mit 35.280 Euro, der höchste Einzelposten überhaupt. Das ist exakt jene Summe, die der Rieckhof seit vielen Jahren erhalten hat. Weil das Angebot des Rieckhofs "einen wichtigen Beitrag der kulturellen Bildung und Freizeit für Kinder und Jugendliche im Alter von sechs bis 18 Jahren" leiste, wie es im aktuellen Zuwendungsbescheid des Bezirksamtes für dieses Jahr wörtlich heißt. "Seit 36 Jahren sind wir als Träger der

Hamburger Abendblatt

Regionalbeilage Harburger Rundschau

21.9.2012

offenen Jugendkulturarbeit anerkannt. Dass das Jugendamt und die SPD unsere Arbeit plötzlich für entbehrlich halten, ist für mich nicht mehr nachvollziehbar", sagt Hansen.

Dabei musste das Kulturzentrum in den zurückliegenden Jahren schon genug bluten. Haben die institutionellen Zuwendungen 1987 noch umgerechnet 670.814 Euro betragen, so sind sie 25 Jahre später auf aktuell 655.000 Euro gesunken. Von denen allein 286 500 Euro auf die monatliche Miete entfallen. Berücksichtigt man dann noch die jährliche Inflationsrate, so müsse man einen tatsächlichen Kaufkraftverlust von mehr als 53 Prozent konstatieren, rechnet Hansen vor. So könne man das Haus nicht sinnvoll weiter führen.

Dieses Problem sieht Heinke Ehlers, die Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses, auch für andere vom Spardiktat gebeutelte Einrichtungen. Das stark frequentierte Spielhaus Neuwiedenthal, für dessen Erhalt eine Elterninitiative 1000 Unterschriften sammelte, soll künftig statt mit 56 568 nur noch mit 26.568 auskommen. Was eine Mittelkürzung von mehr als 50 Prozent bedeuten würde.

"Was mich dabei am meisten ärgert, ist der ständige Verweis der SPD auf die Ganztagschule und den Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz für Zweijährige ab 2013", so die Grünen-Politikerin. Ein schlüssiges Konzept zur Übernahme von Angeboten freier Träger durch Schulen liege überhaupt noch nicht vor. Was dort durch die Ganztagsbetreuung (GBS) tatsächlich abgedeckt werden könne, sei längst noch nicht klar. Ehlers: "Deshalb entbehrt eine solche Argumentation jeglicher fachlicher Grundlage".

Ebenso verhalte es sich beim wegfallenden Vormittagsbetrieb der Spielhäuser. Dass dieser vollständig durch reguläre Kitas aufgefangen werden könne, bezweifelt Ehlers: "Den Rechtsanspruch auf eine Kita-Betreuung gibt es zwar. Ob bis 2013 aber ortsnah tatsächlich ausreichend Plätze zur Verfügung stehen, ist keineswegs gewiss."

Auch Florian Klein, jugendpolitischer Sprecher der Harburger CDU-Fraktion, sieht das Streichkonzert kritisch: "Die Sparmaßnahmen treffen doch in der Mehrzahl Einrichtungen, die eh schon am äußersten Limit arbeiten." Wenn innerhalb des ohnehin löchrigen Systems jetzt noch mehr wegbräche, stünden etliche Institutionen in ihrer Gesamtheit zur Disposition.

Dem widerspricht die regierende SPD. So seien von den Einsparungen ja nur sieben "kleine Projekte" ohne hauptamtliches Personal betroffen, heißt es in einem Antrag zum Thema. Die Spielhäuser (SPH) sollten - vorerst - alle weitergeführt werden, nur eben ohne Vormittagsbetrieb. Unterdessen könne der Rieckhofs nicht weiter gefördert werden, weil er "keine Angebote der originären offenen Kinderarbeit" anbiete. Die Verantwortlichen könnten aber Anträge für projektgebundene Zuschüsse stellen.

Auch sonst zeigt sich die SPD in der alternativen Geldakquise recht erfinderisch. So sollten Verwaltung und freie Träger bis März 2013 prüfen, welche Projekte "über das Bildungs- und Teilhabepaket" finanzierbar seien. Ob dem Rieckhof so viel Zeit noch bleibt, erscheint äußerst fraglich. "Der Rieckhof ist längst wundgespart", sagt Jörn Hansen. "Wird das Sparpaket am Freitag beschlossen, ist er so gut wie tot."